

p.B.25.60.12.

p.A.45.22. ~~Plan~~ (OLP)grüne Kopie

p.B.75.21.

STH/lt

Den 21. März 1983

Sa 22. März 83 10

Gesprächsnotiz

Erster Besuch in Bern des neuen PLO-Beobachters bei der UNO in Genf, Nabil Ramlawi (R) (15.3.1983).  
Gesprächsteilnehmer Botschafter Hugentobler, Herren Ramseyer und Strauch

---

1. R, der anfangs Januar in Genf angekommen ist, ist interimistisch weiterhin auch für das Londoner Büro der PLO zuständig geblieben, da dort wegen des schwierigen Verhältnisses der PLO zur Regierung Thatcher noch kein Nachfolger eingetroffen ist. Ausserdem weilte R. zur Vorbereitung des PLO-Nationalkongresses in Algier, wohin er Kaddoumi begleitet hat, einige Zeit in Damaskus. Aus diesen Gründen hat er sich mit seiner neuen Aufgabe in Genf im Detail noch nicht vertraut machen können. So betrachtet, erfolgt diese erste Kontaktnahme mit dem EDA zum frühestmöglichen Zeitpunkt.
2. R. überbringt Grüsse und Wünsche von Kaddoumi. Seinen Erklärungen gegenüber den Herren Ramseyer und Strauch ist zu entnehmen, dass die PLO sich mit der Absicht trägt, ihre Kontakte zum EDA im gleichen Sinn und Geist aufrechtzuerhalten, wie dies unter dem früheren Beobachter, Barakat, der Fall war. Auch von uns wird der Wunsch nach Kontinuität betont.
3. R. skizziert seinen Werdegang wie folgt:  
In den letzten fünf Jahren vertrat er die PLO in London, vorher leitete er während fünf Jahren die Sektion für internationale Organisationen und Konferenzen des Kaddoumi unterstellten Politischen Departementes der PLO. Davor vertrat er die PLO in Marokko, wo er seine Master-Arbeit bei einem ägyptischen Professor abschloss, der an der Universität Neuenburg gewirkt hat. Er ist mit einer Marokkanerin verheiratet.

4. R. signalisiert uns die Schwierigkeiten, die er habe, in Genf eine geeignete Wohnung zu finden. Die Wohnung des Vorgängers habe er nicht übernehmen können. Etliche Vermieter hätten sich geweigert, an die PLO zu vermieten (Sicherheitsgründe, politische Antipathie?). Er habe deshalb den Auftrag, die Frage des Kaufs einer geeigneten Liegenschaft neu zu prüfen und diesbezüglich bereits mit dem Anwalt Kontakt aufgenommen. Wir erläutern R. die Gründe, die es uns unter der gegenwärtigen Gesetzgebung schwer machen, auf diese Frage eine positive Antwort zu geben. Wir empfehlen ihm, sich für die Wohnungssuche um Hilfe an Botschafter Pictet und den Chef des Genfer Protokolls, R. Vieux, zu wenden.

Der folgende politische Meinungs austausch findet bei Botschafter Hugentobler statt:

5. Vom Kongress in Algier vermittelt R. ein positives Bild. Die Führung um Arafat habe sich mehr Spielraum erkämpft, um mit der gegenwärtig anstehenden politischen Situation fertig zu werden. Hingegen sei von der Grundoption zur Verteidigung der Interessen des palästinensischen Volkes kein Abstrich gemacht worden. Die PLO habe überdies den Beweis erbracht, dass es in ihrem Schoss eine echt demokratische Meinungsbildung gebe.
6. Zur Haltung der USA meinte R., dass die PLO nicht gegen die USA eingestellt sei. Es sei Washington, das die PLO nicht akzeptiere. Reagan versuche mit seinem Plan, die palästinensischen Interessen nach seiner Façon auszulegen, was nicht annehmbar sei. Immerhin bedeute es einen Fortschritt, dass im Reagan-Plan überhaupt auf das palästinensische Volk verwiesen werde.

Allerdings sei auf die USA kein Verlass. Am 1. Oktober 1977 sei in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Nahosterklärung bereits einmal das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkannt worden, doch habe Präsident Carter das Zugeständnis vier Tage später zurückgenommen.



R., der in Jaffa geboren wurde und als Kind 1948 nach Aegypten auswandern musste, drückt sich sehr klar aus über das politische Ziel der PLO. "Wir verlangen nicht das ganze Gebiet von Palästina. Wir möchten einen unabhängigen Staat in Gaza und der Westbank errichten. Wieso wird den Palästinensern dieses Recht nicht zugestanden?" Die Existenz eines jüdischen und eines arabisch-palästinensischen Staates sowie eines Sonderstatus für Jerusalem war 1947 im UNO-Teilungsplan enthalten. Die Idee eines demokratischen, Juden und Araber umschliessenden Staates in Palästina sei von Israel zurückgewiesen worden. Israel habe auch den Reagan-Plan zurückgewiesen. Die Anerkennung Israels sei kein Problem, denn Israel existiere. Die Fes-Konferenz habe eine indirekte Anerkennung ausgesprochen, jedoch sei Israel an dieser gar nicht interessiert. Es weigere sich bekanntlich, seine Grenzen zu bezeichnen. Was für einen Staat würde die PLO, die selber kein Staat sei, unter diesen Umständen also anerkennen. Israel erwarte gewissermassen eine Blankovollmacht für weitere Expansion, was die PLO nicht sanktionieren könne.


Zur Idee einer jordanisch-palästinensischen Konföderation äussert sich R. positiv. Diese müsse allerdings das Recht auf einen eigenen palästinensischen Staat beinhalten.

All diesen Lösungen gegenüber verharre Israel jedoch in einer negativen Haltung. Die Friedensbewegung in Israel, mit der die PLO in Kontakt stehe, habe zwar Anhänger gewonnen, doch könne sie keinen Einfluss auf Begin geltend machen. So gäbe es nichts anderes als zu hoffen, dass Reagan den Palästinensern helfen werde.

Sa 22. März 83 10

Kopie an:

- Sekretariat des Departementschefs
- PRO, BRE, KH, RR, MX, REI
- Herrn Botschafter Pictet, Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf

  
(H. Strauch)